

# Wie steht es mit der Abrüstung?

Autor(en): **Thorsson, Inga**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **69 (1975)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142496>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

die sie füttert. Wissenschaftler, die willens und fähig sind, den Eid zu leisten, sind wahrscheinlich solche, die diese Verpflichtung in ihrem Gewissen bereits übernommen haben. Dennoch wäre es zweckmäßig, wenn diese Verpflichtung in aller Form ausdrücklich und öffentlich ausgesprochen würde. Der Eid könnte die Moral der betreffenden Wissenschaftler heben, indem er ihnen das Gefühl gäbe, einer Gemeinschaft anzugehören. So könnte eine Grundlage für eine künftige Organisation auf weltweiter Ebene geschaffen werden. Vor allem könnte dieser Eid für die entfremdete Jugend ein Signal sein, daß der wissenschaftliche Geist nicht gänzlich von den bestehenden Machteliten in Beschlag genommen worden ist und daß es für junge Menschen einen Platz in dem kollektiven Menschheitsunternehmen geben mag, zu dem die Wissenschaft eines Tages werden könnte.

Anatol Rapoport in «Darmstätter Blätter», V 1975

## Wie steht es mit der Abrüstung?

In ihrer letzten Rede vor Sessionsschluß der Konferenz des UNO-Ausschusses für die Abrüstung kam die Leiterin der Schwedischen Delegation, Staatssekretärin **Inga Thorsson** zu nachstehenden Schlüssen, was den Stand der Abrüstung betrifft. Es ist von Nutzen, die Ausführungen dieser mutigen und politisch versierten Frau zu beachten. Sie erklärte vor dem erwähnten Forum am 21. August letztthin:

Ich möchte mit der nuklearen Abrüstung beginnen. Seit der Zusammenkunft von Wladiwostock (von Breschnew und Präsident Ford) haben uns die Supermächte versichert, die nukleare Abrüstung stehe sozusagen vor der Tür. Ich sehe leider keine Anzeichen einer solchen Abrüstung. An deren Stelle konstatiere ich, daß sich der Stand nuklearer strategischer Waffen auf dem höchsten je erreichten Niveau konsolidiert hat, und daß immer neue Methoden einer Verwendung dieser Waffen erforscht und eingeführt werden. Man sagt uns, diese Tätigkeit diene dazu, das strategische Gleichgewicht des Schreckens zu stabilisieren oder festzulegen. Wir würden uns jedoch alle sicherer fühlen, wenn diese Stabilisierung auf einem viel tieferen Niveau stattfände, oder wenn die Gefahr eines nuklearen Höllenaufbruchs durch konkrete Schritte der Abrüstung verhütet würde, und wir diese höchst zerstörerischen Waffen endlich loswerden könnten. Das wäre unendlich viel besser als der heutige Zustand, wo man sich auf ein prekäres Abwägen gegenseitiger Stärke verlassen muß; dies selbst in einer Situation höchster Gefahr, die jederzeit eintreten kann, solange Spannungsherde und das gegenwärtige Niveau der Bewaffnung bestehen.

Und wenn es auch stimmte, und eine Verständigung zwischen den Supermächten zustande gekommen wäre! Warum dann nicht den nahe liegenden Schluß ziehen, das heißt, daß konkrete Maßnahmen, diese gefährlichen Waffen los zu werden, in der gegenwärtigen Zeit der Entspannung fällig sind. Dies wäre für uns alle eine Erleichterung und riesige finanzielle Ressourcen würden für andere Zwecke frei.

Die Entwicklung nuklearer Waffen für taktischen und regionalen Einsatz ist eine besondere Sorge der kleineren Länder, auf alle Fälle in Europa aber auch anderswo\*. Würden diese Länder von einem taktischen oder regionalen Einsatz betroffen, wären die Folgen kaum sehr verschieden von jenen eines strategischen Nuklearkrieges, den die Supermächte befürchten. Die kleineren Länder sind zu Recht beunruhigt durch gewisse Entwicklungen, die die Wirkung und Flexibilität dieser taktischen Waffen erhöhen und damit notwendigerweise auch die Versuchung, sie tatsächlich zu brauchen. Zudem werden gleichzeitig Erklärungen von militärischen Stellen abgegeben, wonach «man bereit wäre, solche Waffen zur Unterstützung oder als Antwort auf einen konventionellen Krieg einzusetzen.

Zu begrüßen ist die Erklärung der Supermächte, die auch von Dr. Fred. Iklé, dem Direktor des USA-Waffenkontroll- und Abrüstungsausschusses bestätigt wurde, wonach keine Versuche gemacht werden, die Schwelle zwischen den schwächsten taktischen Nuklearwaffen und konventionellen Waffen zu verwischen.

Angesichts der Tausende einsatzbereiter taktischer Nuklearwaffen in Europa ist es an der Zeit, die Bemühungen zur Schaffung nuklearwaffenfreier Zonen zur Sprache zu bringen. Unter der Ägide der CCD (Conference of the Committee on Disarmament) wurde eine Gruppe von Delegations-Mitgliedern gebildet, welche die Prinzipien, denen solche Zonen zu entsprechen haben, studieren. Der Rapport dieser Gruppe weist nach, daß das Thema weniger geographisch als politisch gelagert ist. Regionen der Erde, in denen atomwaffenfreie Zonen denkbar sind — sagen wir Südamerika oder Zentral-Europa, müssen, ihrer Lage entsprechend, Gewicht auf ganz verschiedene Faktoren legen. Der Rapport, der auf viele Punkte hinweist, in denen Übereinstimmung, wie auf solche, in welchen Meinungsverschiedenheiten bestehen, sollte, inklusive Kommentare der CCD, unbedingt der UN-Generalversammlung vorgelegt werden.

---

\* Robert **McNamara**, ehemals US-Verteidigungsminister, heute Präsident der Weltbank, hielt dem jetzigen US-Verteidigungsminister **Schlesinger** und dem BRD-Verteidigungsminister **Leber** entgegen: «Es gibt keinen Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen. Wenn man erst einmal Atomwaffen einsetzt, benutzt man alle. Eine Begrenzung gibt es nicht. Dann fliegt ganz Europa in die Luft.» («Neue Stimme», Aug. 1975)

Leider hat die Gruppe bis jetzt keine Verpflichtung der Nuklearmächte erreichen können, die eindeutig festgestellt hätte, daß Nuklearmächte gegen solche Zonen nie eingesetzt würden. Die Nuklearmächte scheinen das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, die Verpflichtung, Nuklearangriffe gegen eine atomwaffenfreie Zone zu unterlassen von Fall zu Fall entscheiden zu dürfen. Schlimmer noch; der Rapport enthält die Auffassung der Nuklearmächte, daß die Verpflichtung, die atomwaffenfreie Zone zu respektieren, aufgehoben werden kann, wenn ein Angehöriger einer solchen Zone eine Aggression begeht oder Komplize einer Aggression wird. Welchen Wert hätte eine solche Verpflichtung, wenn sie im Kriegsfall aufgehoben werden kann! Was am notwendigsten ist, ist doch eine Schranke gegen die Eskalation zum Nuklearkrieg, falls ein konventioneller Krieg ausgebrochen ist, oder unmittelbar bevorsteht.

Neben solchen offenbaren Mängeln enthält der Rapport auch noch Lücken in Bezug auf andere Probleme, die mit atomwaffenfreien Zonen in Verbindung stehen und die zu schließen die ad hoc-Gruppe der CCD weder die Zeit noch die nötigen Unterlagen hatte.

Wäre es nicht natürlich, daß nukleare Abrüstung in Europa in Verbindung mit einer generellen militärischen Truppenreduktion in Zentral-Europa stattfände. Diese, ihrerseits, sollte doch die logische Folge des erfolgreichen Abschlusses der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki sein.

Ein Generalangriff auf das Übel, das einer wirklichen Abrüstung im Wege steht — **die dauernde unterirdische Erprobung und Entwicklung neuer Nuklearwaffen** — ist unsere nächste und dringendste Aufgabe. Ein Verbot, das auch unterirdische Tests einschließt, wird seit zehn Jahren technisch und politisch analysiert und kommt nicht vom Fleck, obschon verschiedene Länder, unter ihnen Schweden, zur Lösung der übrig bleibenden Probleme beigetragen haben. In meiner Erklärung vom 17. Juli schlug ich vor, und heute wiederhole ich meinen Vorschlag, daß die CCD nächsten März eine Expertenkonferenz einberufe, damit die noch bestehenden Hindernisse beseitigt und ein permanentes Verbot aller Nuklearwaffen-Versuchsexplosionen, in der Atmosphäre sowohl wie unterirdisch, zustande kommt.

Was die Möglichkeit betrifft, Nuklear-Explosionen für friedliche Zwecke durchzuführen, müssen sich Länder, die wirtschaftlichen Gewinne aus solchen Explosionen ziehen wollen, an Artikel V des Atomsperrvertrages halten. Auch die Herabsetzung konventioneller Rüstung, wie die Truppen-Verminderung in Europa sollte als Folge der erfolgreichen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu **bedeutsamen Ergebnissen auf regionaler Basis gelangen**. Der schwedische Premier, Mr. Olaf Palme, erklärte in Helsinki am 31. Juli: «Was

wir nun auf europäischer Ebene mit Recht erwarten dürfen, ist, daß die Verhandlungen in Wien (Herabsetzung der Truppenbestände) energisch und entschlossen vorangetrieben werden. Schweden nimmt zwar an diesen Verhandlungen nicht teil, verfolgt sie aber mit brennendem Interesse, da ihr Ergebnis auf lange Sicht die Sicherheit ganz Europas berührt.» Regionale Abkommen zur Abrüstung in Europa sollten auch für die Mitwirkung und Teilnahme neutraler oder blockfreier Staaten offen stehen.

Ein Abbau der konventionellen Rüstungen ist in erster Linie eine Frage des Vertrauens zwischen den Staaten. In dieser Hinsicht empfiehlt die schwedische Regierung größere Offenheit, was Rüstungsausgaben betrifft. Wenn ein Teil der Informationen, die jetzt aus Mißtrauen oder vielleicht dank einer an Geheimhaltung interessierten Bürokratie, freigegeben würden, dürfte sich herausstellen, daß bedeutende militärische Ausgaben unnötig sind. Natürlich findet auch die schwedische Regierung, daß der Anstoß zur militärischen Ausgaben-Reduktion von den Großmächten und den großen Machtblöcken ausgehen muß, die allein für 80 Prozent der Militärausgaben verantwortlich sind. Ihr Vorgehen in einer dauernden Verminderung von Ausgaben für militärische Zwecke würde den kleineren Staaten ermöglichen, entsprechende Reduktionen durchzusetzen. Die schwedische Regierung jedenfalls würde sich zu drastischen Einschränkungen verpflichten.

Die schwedische Regierung tritt auch ein für starke Einschränkungen der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung neuer Waffen. Heute sind auf der Welt nach konservativer Schätzung 400 000 Wissenschaftler und Techniker auf diesem Gebiet tätig. Dieser Einsatz von beinahe der Hälfte des wissenschaftlichen und technischen Könnens der Welt ist höchst verwerflich, wenn man an den ungeheuren Bedarf an Forschung und Entwicklung für Zwecke zivilen Aufbaus denkt, insbesondere auf dem Gebiete wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Es ist darum sehr begrüßenswert, daß diese Fragen in der kommenden Generalversammlung der UN zur Behandlung kommen.

Kein Fortschritt ist erkennbar in der Frage der chemischen Waffen. Ich gab früher der Hoffnung Ausdruck, daß einige Delegationen, während wir auf die «gemeinsame Initiative» der Supermächte warten, sich des Problems annehmen und Arbeitspapiere für dieses Gebiet vorbereiten. Von besonderem Interesse für uns ist ein japanisches Dokument, das, auf schwedischen Angaben fußend, die Einschränkung chemischer Agentien für friedliche Zwecke vorschlägt. Es soll mit anderen Unterlagen nächstes Jahr zur Behandlung kommen.

In meiner Übersicht zu Ende unserer Sommersession muß ich mich aber noch mit einer neuen Aufgabe befassen. Es obliegt uns, eine Konvention auszuarbeiten, die «die Umwelt verändernden Maßnahmen»

für Kriegszwecke verbietet. (Künstlich erzeugte Überschwemmungen, z. B. Üb.) Unsere Diskussionen mit Experten aus Kanada und den Niederlanden vermittelten uns die einschlägigen technischen und politischen Zusammenhänge. Sie unterstützen unsere Auffassung, daß wir verschiedene Aspekte in Bezug auf Umwelt verändernde Maßnahmen unterscheiden sollten. Im Falle eines offenen Krieges würden solche Modifikationen der Umwelt der Unterstützung militärischer Operationen dienen. Eine zweite Möglichkeit wäre der Einsatz solcher Modifikationen in einem latenten, wenn auch nicht kriegerischen, Konflikt zwischen Staaten. Sie würden hier benützt, um systematisch Druck auf ein Land auszuüben — ähnlich wie durch wirtschaftlichen Boykott — um es den Forderungen des Gegners gefügig zu machen. Denkbar ist auch der dritte Fall, daß Umwelt verändernde Maßnahmen, ohne feindliche Absicht, negative oder schädliche internationale Wirkungen aufweisen.

Es stellt sich nach Gesprächen mit Experten heraus, daß die CCD nur die zweite Möglichkeit ins Auge zu fassen hätte, den Druck auf ein Land zur Erreichung politischer Ziele. Es ist aber klar, daß hier Entwicklungen angedeutet werden, die global von ungeheurer Tragweite zu werden drohen und daher nicht früh genug unter Kontrolle gebracht werden können.\*

Die Aufgaben des CCD sind riesengroß und wir müssen nach Wegen suchen, unsere Leistung zu erhöhen. Dazu gehört allerdings, daß den Delegationen der CCD und unserem Sekretariat die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit unsere Hauptaufgabe — Abrüstung — vorangetrieben werden kann. Ferner muß unsere politische Basis erweitert werden, indem alle Nuklearwaffen-Staaten in unsere Bemühungen einbezogen werden. Daß die Notwendigkeit einer breiteren Streuung der Abrüstungskampagne auch außerhalb der CCD empfunden wird, geht aus Feststellungen hervor, wonach die blockfreien Länder das Problem selbst anpacken wollen. Es scheint, daß sie beabsichtigen, eine Sonder-Session der Generalversammlung zu verlangen, die nur der Weltabrüstung gewidmet wäre.

Es wäre darum gut, glaube ich, wenn wir in unserem Gremium, der CCD, unsere Lage gründlich überdenken würden. Als wir 1962 in der ENDC unsere Arbeit begannen, stand das Ziel — allgemeine und vollständige Abrüstung an erster Stelle. Als Schwierigkeiten auf dem Wege

---

\* **Abrüstung.** Die Genfer Abrüstungskonferenz vertagt sich bis zum Frühjahr des kommenden Jahres. Zu den Dokumenten, die einem Bericht an die bevorstehende 30. Generalversammlung der Vereinten Nationen beigegeben sind, gehört u. a. ein gleichlautender sowjetisch-amerikanischer Entwurf für eine Konvention über das Verbot der Beeinflussung des Wetters und des Klimas für militärische Zwecke. («Blätter f. deutsche und intern. Politik», Sept. 1975)

auf tauchten, schweiften wir ab in eine Reihe von weniger wichtigen Untersuchungen — wir nannten sie damals Nebenmaßnahmen (collateral measures). Wir haben zehn Jahre lang diese Nebenmaßnahmen bearbeitet, um uns schließlich in noch Unwichtigeres zu verlieren.

Ich glaube, wir täten gut daran, uns wieder grundlegenden Fragen — Fragen der Wirtschaft, ethischen und moralischen Entscheidungen — zuzuwenden oder ganz einfach der Frage, wie wir überleben können. **Über Abrüstungsprobleme müssen wir verhandeln, weil Überleben das Hauptproblem der Gegenwart ist.**

## Politik und Wirtschaft in China

Wie Charles Bettelheim, den wir in den «Neuen Wegen» schon öfters erwähnten, in seinem neuesten Buch versichert (La Lutte des Classes en URSS 1917—1923) kommt die Frage, ob die Politik oder Wirtschaft die Fahrtrichtung im Gemeinwesen bestimmen soll, in den beiden marxistischen Großmächten nicht zur Ruhe. Bettelheim weist nach, daß Lenin schon 1921 seiner politischen Betrachtungsweise wegen von den Ökonomen kritisiert wurde.

Der Kampf zwischen politischem und wirtschaftlichem Führungsanspruch, der in der Sowjetunion einen andern Verlauf nahm als in China, und nach dem Tode Lenins 1924 mit dem Sieg der Ökonomen endete, mußte notwendigerweise, schon des welt-politischen Gewichtes der Sowjetunion wegen, einen mächtigen Anstoß in der Richtung Wirtschaftssuprematie auch im befreiten China geben, wurde sogar zur Schicksalsfrage des jungen Staates.

In der Frage der landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärte Mao Tse-tung 1955: «Politische Arbeit ist das Lebensblut der Wirtschaft. Dies gilt besonders für eine Zeit, da der soziale und wirtschaftliche Aufbau der Gesellschaft eine grundlegende Umgestaltung erfährt. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen stellte im Wesentlichen seit Beginn einen scharfen ideologischen und politischen Kampf dar.»

Die Befürworter einer Priorität der Wirtschaft, unter ihnen Minister und führende Theoretiker, argumentierten 1959: «Politik und Wirtschaft gehorchen eigenen Gesetzen. Ideologische Bildung sollte nach der Meinung gewisser Genossen ein Ersatz für alles andere sein. Sie ist aber kein Ersatz für wirtschaftliche Grundsätze und noch weniger für konkrete Maßnahmen im Wirtschaftsprozeß.»

Sun Yeh-fang, der Theoretiker der Ökonomen, unter Liu Shao-chi, Direktor des Erziehungswesens an der zentralen chinesischen Parteischule, besuchte nach 1956 immer wieder die Sowjetunion, deren